

Protokoll

21. öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Migration und Gesundheit vom 23.04.2026, Lüchow (Wendland), Kreishaus, Raum A200

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1. Genehmigung des Protokolls der 20. Ausschusssitzung vom 05.02.2026
- 2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3. Vorstellung Arbeit Lebensraum Diakonie
- 4. Vorstellung Ehrenamtskoordinatorin Frau König
- 5. Vorstellung Gesundheitsamt - Schuleingangsuntersuchungen
- 6. Antrag auf Förderung 2027 Checkpoint Queer 2026/778
- 7. Satzung Unterkunft für Geflüchtete 2026/786
- 8. Antrag von KTA Herzog (SOLI) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 18.03.2026: Sexual-Delikte, sexueller Missbrauch, häusliche Gewalt: Entwicklung in DAN 2026/753
- 9. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 9.1. Machbarkeitsstudie RVZ 2026/788
- 9.2. Umsetzung Bundesempfehlungen und Landesempfehlungen im Gewaltschutzkonzept des Landkreises zu den Gemeinschaftsunterkünften 2026/789
- 9.3. Sachstand Kampfmittelbelastung Neu Tramm
- 9.4. Anfrage von KTA Bade, KTA Beckmann, KTA Haase-Mühlner, KTA Hillmer, KTA Liebhaber, KTA Peters, KTA Schwidder im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.04.2026: Einbürgerung von ukrainischen StaatsbürgerInnen 2026/779

Nicht öffentlicher Teil

- 10. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
- 11. Genehmigung des nicht öffentlichen Teils des Protokolls vom 05.02.2026
- 12. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Bade, Heike Vorsitzende
KTA Carmienke, Christian
KTA Dorendorf, Uwe anwesend ab 15:19 Uhr
KTA Herzog, Kurt
KTA Himmel, Hanno
KTA Kretschmer, Sabine anwesend von 15:13 - 17:21 Uhr
KTA Peters, Kerstin stellv. Vorsitzende
KTA Schulz, Torsten anwesend bis 17:21 Uhr
KTA Schwidder, Norbert Vertretung KTA Gallei, anwesend bis 17:39 Uhr
Berg, Hartmut (beratendes Mitglied)
Mende, Inge (Seniorenbeirat)
Schermuly, Simon-Daniel (Erster Kreisrat)
Ehrhardt, Stephanie (FDL 53)
Maatsch, Beate (Gleichstellungsbeauftragte)
Bardowicks, Marlene
Heuer, Marten
König, Sabine
Frau Dau-Rödel (Polizei)
Herr Hasche (Polizei)
Herr Jung (Lebensraum Diakonie)
Frau Christ (Frauenhaus)
Frau Löwe (Violetta)
Frau Sgolik (Frauenhaus)
Herr Spilger (Violetta)
Frau Glowatzki (Frauenhaus)

Es fehlen:

KTA Behrens, Marcel

KTA Galle, Matthias

KTA Fathmann, Bernard

KTA Römer, Sabine

beratendes Mitglied Russow-Henning, Ellen

beratendes Mitglied Socha, Michèle

entschuldigt

entschuldigt

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:09 Uhr
nichtöffentlicher Teil: - Uhr

Öffentlicher Teil

. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

KTA Bade freut sich über das Erscheinen zahlreicher Besucher, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und Änderungen bezüglich der Tagesordnung fest. Das Protokoll der 20. Sitzung sei von ihr nicht unterschrieben worden. Das Protokoll sei ihrer Meinung nach mit einem Umfang von 12 Seiten zu lang und weise einige inhaltliche Abweichungen zu ihrer Erinnerung auf, weshalb sie um Überarbeitung gebeten habe. Zudem werde TOP 5 aufgrund des Umfangs der Tagesordnung und thematischer Überschneidungen auf die gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss verschoben.

EKR Schermuly ergänzt hierzu, dass Frau Hirschgänger aufgrund von Ausfallzeiten derzeit vorrangig mit Schuleingangsuntersuchungen beschäftigt sei.

Es gibt keine Einwände zur Tagesordnung.

1. Genehmigung des Protokolls der 20. Ausschusssitzung vom 05.02.2026

zurückgestellt.

2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

3. Vorstellung Arbeit Lebensraum Diakonie

Herr Jung stellt den Verein Lebensraum Diakonie e.V. vor.

KTA Bade bedankt sich für die Vortrag und bittet um Rückfragen.

KTA Herzog bedankt sich für den Vortrag und für die Präsenz des Vereins in Dannenberg, die es bisher nicht gegeben habe. In den dortigen Gremien habe man dieses Thema nicht ohne Reibung diskutiert. Er merkt an, dass man in den vergangenen Sitzungen des Ausschusses über die Bezuschussung gesprochen habe und erinnert, dass der Verein pro Jahr 150.000,- € erhalte. Das Vorhalten der Beratungskapazitäten sei ihm wichtig. Er frage daher, ob der Zuschuss auskömmlich sei, wie lange der Zuschuss schon in dieser Höhe gezahlt und ob der Zuschuss dynamisch oder nach Bedarf angepasst werde.

Herr Jung erklärt mit Blick auf die Finanzierung, dass sich der Beratungsanteil nach der Anzahl der Menschen richte, die engmaschige Unterstützung in Anspruch nehmen würden. Es würde über Betreuungstage abgerechnet, hieraus ergebe sich ein Personalschlüssel. Die Unterstützung in Bezug auf die Eingliederungshilfe werde durch Vereinbarungen mit Kostenträgern sichergestellt, der Preis werde mit dem zuständigen Landesamt verhandelt. Der Begriff „Auskömmlich“ sei für ihn subjektiv zu bewerten. Aufgrund der Größe des Landkreises gebe es in Bezug auf die Betreuung Lücken, da es personell nicht leistbar sei, Menschen vor Ort in ihren Gemeinden aufzusuchen. Diesen Menschen sei es oftmals unmöglich, zu einer Beratungsstelle zu reisen.

KTA Himmel bedankt sich für den Vortrag. Ihn interessiere die Dimension der angesprochenen Probleme für den Landkreis. In Deutschland gebe es ca. 1.000.000 wohnungslose Menschen, statistisch würde das für den Landkreis eine Zahl von ca. 600 bedeuten.

Herr Jung stellt heraus, dass die Zahl auf eine Erhebung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. zurückzuführen sei und alle Menschen ohne eigenes Obdach, beispielsweise auch Geflüchtete aus der Ukraine, umfasse. In Ballungsräumen sei der Anteil von wohnungslosen Menschen höher, sodass die Zahl für den Landkreis Lüchow-Dannenberg geringer ausfalle. Er betont, dass jede einzelne Situation prekär sei und dass es Schwierigkeiten bei der Beschaffung bezahlbaren Wohnraums gebe. Dieser sei für Menschen mit Handicap besonders schwer zu finden. Für einen gewissen Personenkreis bleibe kein bezahlbarer Wohnraum übrig.

KTA Himmel erkundigt sich nach Punkten, die nach Herrn Jungs Einschätzung einen Bedarf seitens der Kommunalpolitik bedeuteten.

Herr Jung entgegnet, dass Bedarf sowohl Wohnraum als auch Wohnraum für Einzelpersonen bedeute. Es gehe vor Ort v.a. um stadtnahen Wohnraum für Einzelpersonen mit guter Anbindung zu Ärzten und Supermärkten. Er wünsche sich zusätzlichen Wohnraum und schnelle unbürokratische Unterstützung in finanziellen Fragen. Er mahnt, dass schnelle Sanktionierungen die Situation oftmals verschärfen.

Beratendes Mitglied Hartmut Berg bedankt sich bei Herrn Jung und stellt heraus, dass die Arbeit des Vereins ein großes Portfolio aufweise, wie etwa auch die Schuldner- und die Rechtsberatung. Er fragt, ob drei Personen dies leisten könnten.

Herr Jung entgegnet, dass dies nicht möglich sei. Schuldner- und Rechtsberatungen würden zudem von externen Stellen in den Räumlichkeiten der Beratungsstelle angeboten.

KTA Peters bedankt sich ebenfalls bei Herrn Jung und stellt die Wichtigkeit der Arbeit in Dannenberg vor dem Hintergrund der ÖPNV-Situation heraus. Sie fragt, ob auch ärztliche Betreuung vermittelt wird, das Stichwort hier laute Praxis ohne Krankenschein.

Herr Jung bejaht dies und stellt heraus, dass die Unterstützung v.a. darauf abziele, dass Leistungen fließen und Betroffene wieder in die Regelkrankenversorgung aufgenommen würden. Er ergänzt, dass das hohe persönliche Engagement der drei Mitarbeitenden unverzichtbar sei.

KTA Carmienieke stellt die Rückfrage, ob nach Einschätzung Herrn Jungs die Verfügbarkeit des Wohnraums, gerade bei kleinen Wohnungen, als Problem angesehen werden müsse.

Herr Jung bejaht dies. Man begleite auch viele Menschen, die in ihrem Wohnraum aufgrund von Suchterkrankungen etc. negativ auffallen würden und auf der Suche nach neuem Wohnraum seien. Er betont, dass sich die Vermieter innerhalb des Landkreises kennen würden und so die Lage für einige Mieter umso prekärer sei.

KTA Himmel merkt an, dass Leistungen im Rahmen der Praxis ohne Krankenschein grundsätzlich gemacht würden. Problem sei seiner Meinung nach nicht die Erst-, sondern die Weiterversorgung. Er regt an, sich auf Initiative der Kreisverwaltung diesbezüglich zu einer Problemlösung zusammenzusetzen.

KTA Bade möchte dies in die Wege leiten.

Beratendes Mitglied Hartmut Berg interessiert die Problematik der Energiesperren. Er sieht die aktuelle Preisentwicklung als maßgeblichen Faktor an. Er regt an, bei der AVACON ein Monitoring über die Entwicklung der Stromsperren anzufordern.

KTA Herzog merkt an, dass diesbezüglich auch die EVE befragt werden müsse.

KTA Peters fragt nach der Dunkelziffer in Bezug auf Wohnungslose.

Herr Jung sagt, dass dies schwer einzuschätzen sei. Verdeckte Wohnungslosigkeit sei bundesweit ein großes Problem. Es gebe hier eine hohe Schamgrenze. Er stellt heraus, dass sich viele Menschen aus diesen Gründen in Zwangssituationen wie beispielsweise Prostitution begeben würden, um der Wohnungslosigkeit zu entgehen.

Kenntnis genommen.

4. Vorstellung Ehrenamtskoordinatorin Frau König

Frau König stellt sich vor. Sie sei seit gut einem Jahr mit 10 Stunden pro Woche die Ehrenamtskoordinatorin des Landkreises Lüchow-Dannenberg. Sie möchte mit ihrer Arbeit Freiwillige unterstützen und gute Bedingungen für Freiwillige und Vereine schaffen sowie Engagement vermitteln. Es gebe hier eine steigende Tendenz, ihre Stelle werde immer bekannter und sie habe in letzter Zeit viele Anfragen erhalten. Ein weiterer Aufgabenbereich sei die Bearbeitung der Ehrenamtskarte, für die es derzeit noch nicht viele Vergünstigungsorte gebe. Hier bestehe großer Bedarf. Sie verstehe sich als Ansprechpartnerin für Themengebiete wie Förderung & Sponsoring, Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchsgewinnung. Sie habe eine Ehrenamtsstrategie entwickelt. Diese habe das Ziel, Ehrenamtliche zu stärken und das Ehrenamt langfristig zu sichern, da das Ehrenamt im Landkreis eine große und unverzichtbare Rolle spiele. Das Ehrenamt unterstütze den Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger und trage zur Lebensqualität bei, etwa durch Bürgermobile. Ein Schwerpunkt im Aufbau der Ehrenamtsarbeit sei eine aktuelle Übersicht aller Vereine und ehrenamtlicher Aktivitäten, die es bisher nicht gebe, für eine bessere Beratung nach dem Prinzip „Wer sucht wen?“. Einsatzstellen könne man so leichter finden. Sie würde zudem gezielt Informationen an Vereine und Ehrenamtliche weiterleiten. Weitere Ziele der Ehrenamtsstrategie seien Fortbildungsangebote zu zentralen Themen wie Öffentlichkeitsarbeit, Nachwuchs, Wertschätzung, Nachfolgeplanung, Vernetzung und Zusammenarbeit.

Beratendes Mitglied Hartmut Berg lobt Frau König und stellt die Notwendigkeit ihrer Arbeit heraus. Er schlägt vor, eine Ehrenamtsmesse zu organisieren. Er fragt ferner, ob man dies mit 10 Stunden die Woche leisten kann.

Frau König entgegnet, dass 10 Stunden zu wenig seien.

Beratendes Mitglied Hartmut Berg bewertet die Arbeit derzeit als Feigenblatt. Es sei ein falscher Rahmen gesetzt worden. Ehrenamt decke im Landkreis Lüchow-Dannenberg sehr vieles ab, Stichworte seien hier Ehrenamtsmobile und die Geflüchtetenarbeit. Man solle in der nächsten Legislatur über eine Ausweitung der Stelle nachdenken. Es bestehe derzeit die Gefahr der Überforderung und somit der Erwirkung von Gegenreaktionen.

KTA Herzog betont, dass die Demokratie ohne Ehrenamt undenkbar sei. Er bemängelt die ungleiche mediale Darstellung verschiedener Ehrenamtsbereiche. Er wünsche sich Ausgewogenheit. Ehrenamt müsse sich in bestimmten Bereichen ausdehnen, da sich der Staat zurückziehe. Er fragt, aus welchen Bereichen des Ehrenamts Frau König kontaktiert wird.

Frau König antwortet, dass dies sehr unterschiedlich sei. Im Themenfeld Migration seien hauptsächlich Förderprobleme thematisiert worden. Es habe sie ein Verein kontaktiert, der sich zum Ziel setzt, Jugendliche durch großflächige ehrenamtliche Praktika wieder auf den Arbeitsmarkt zu bringen. Unternehmen hätten bezüglich eines betriebsinternen Tags des Ehrenamts angefragt. Rentner suchten neue Aufgaben. Vereine hätten Fragen zu Öffentlichkeitsarbeit. Es gebe dementsprechend eine große Bandbreite.

KTA Bade erteilt Frau Dau-Rödel das Wort.

Frau Dau-Rödel weist auf eine Website hin. Unter dem Link www.landlebtdoch.de/landmaschine/ stehe eine Such- und Sortiermaschine für Projekte, Akteure und Wissen auf Land zur Verfügung.

KTA Peters fragt nach dem Rücklauf der Vereine in Bezug auf die Übersicht aller Vereine und ehrenamtlicher Aktivitäten.

Frau König sagt, dass dieser gering sei. Sie vermutet hier Zeitprobleme auf Seiten der Akteure. Sie werde nachfassen. Manche Vereine seien unauffindbar.

KTA Peters regt einen Zeitungsartikel über die Arbeit von Frau König und die von ihr entwickelten Ideen und Einrichtungen an. In Bezug auf die zur Verfügung stehenden Arbeitsstunden schließt sie sich der Meinung von Hartmut Berg an.

KTA Carmienieke dankt für den Hinweis in Bezug auf die Plattform. Eingetragene Vereine seien aufgelistet. Ein Problem im Ehrenamt sei die Altersstruktur und die Änderung der Mentalität. Er appelliert dafür, dass sich diese wieder ändern müsse. Auch müsse der Staat anders agieren. Der Staat brauche zur Aufrechterhaltung des Systems das Ehrenamt.

KTA Himmel hat den Eindruck gewonnen, dass das Thema Ehrenamt bei Frau König in guten Händen liegt. Er unterstützt den Vorschlag einer Ehrenamtsmesse und regt an, dieses Thema in einem Jahr zur

Wiedervorlage zu bringen.

KTA Bade bedankt sich bei Frau König. In der nächsten Legislatur wolle sie dies auf die Liste setzen.

Kenntnis genommen.

5. Vorstellung Gesundheitsamt - Schuleingangsuntersuchungen

Abgesetzt

6. Antrag auf Förderung 2027 Checkpoint Queer

2026/778

EKR Schermuly berichtet über den beigefügten Antrag. Die Verwaltung sehe die Arbeit als wichtig und notwendig an. Das Angebot solle aus Verwaltungssicht erhalten bleiben, um sich in Zukunft ein Gesamtbild machen zu können, welche Angebote in welchem Rahmen für welche Personengruppen existieren. Dies solle mit Blick darauf geschehen, welche Angebote in Zukunft als freiwillige Leistungen aufrechterhalten werden können und um zu evaluieren, welche ähnlichen Beratungsangebote es auf diesem Themengebiet gebe.

KTA Peters unterstützt den Antrag. Es gebe lange Wartezeiten, es sei schwierig geeignete Psychotherapeutin zu finden. Es sei wichtig, dass auf diesem Gebiet vor Ort eine professionelle Beratung existiere. Sie wünsche sich eine Evaluation über Beratungszahlen und eine differenzierte Auswertung der Angebote.

KTA T. Schulz empfindet es unabhängig von der Arbeitsqualität und der Wichtigkeit der Angebote als dreist, dass bereits für 2027 ein Antrag gestellt worden ist, obwohl das bewilligte Geld für 2026 noch nicht ausgegeben sei. Er sieht eine Evaluation als hilfreich an.

KTA Carmienke betont, dass dieses Thema vor zwei Sitzungen behandelt wurde. Die Aufgabe sei wichtig, er sei jedoch skeptisch, dass man hierfür Geld ausgeben sollte, da er keine Doppelstrukturen schaffen wolle. Er macht deutlich, dass er den Antrag ablehnt.

KTA Peters entgegnet, dass den Antragsstellern gesagt wurde, dass der vorherige Antrag zu spät gestellt worden sei. Sie könne es demnach nicht verurteilen, dass der Antrag für 2027 nun zeitnah eingebracht wurde.

KTA Himmel unterstützt den Antrag. Er sei erstaunt, dass KTA Carmienke über Doppelstrukturen spreche, da vor kurzer Zeit klar gemacht worden sei, dass es nicht um ebensolche, sondern um unterschiedliche Strukturen gehe, die ineinandergreifen würden. Er stellt fest, dass dies nicht ausreichend klar gemacht worden sei. Die Einschätzung von KTA T. Schulz empfinde er als unsachlich und weise diese zurück. Er macht den Vorschlag, dem Antrag zuzustimmen. Alternativ könne er sich vorstellen, die Antragssteller zu einem Vortrag einzuladen, in dem das Thema der Doppelstruktur genauer aufgegriffen werden soll.

KTA Kretschmer interessieren Zahlen über das Beratungsangebot. Sie schlägt vor, den Antrag in die nächste Sitzung zu verschieben. Sie stellt einen Antrag auf Vertagung.

KTA Himmel stellt heraus, dass man Zeit bis 2027 habe. Wichtig sei eine inhaltliche Klärung. Er schließt sich dem Antrag auf Vertagung an.

KTA Bade stellt den Antrag auf Vertagung mit der Maßgabe, dass die Beratungsstelle Checkpoint queer zu dem genannten Thema vorträgt, zur Abstimmung.

Zurückgestellt. Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Fachausschusssitzung vertagt mit Einladung der Beratungsstelle Checkpoint Queer.

Ja-Stimmen: 8

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Befangen: 0

7. Satzung Unterkunft für Geflüchtete

2026/786

FDL Ehrhardt erläutert die Vorlage. Mit dem Beirat Neu Tramm solle noch abgestimmt werden, wie die Satzung in verschiedene Sprachen übertragen werden und den Bewohnerinnen und Bewohnern nahegebracht werden kann.

Beratendes Mitglied Hartmut Berg schlägt vor, in die Satzung den Passus aufzunehmen, dass die Satzung jährlich vom Beirat evaluiert wird. Wichtig sei ihm auch, dass man bei eintretenden Konsequenzen aufgrund von Regelverstößen weiß, was mit den Bewohnerinnen und Bewohnern passiert.

KTA T. Schulz fragt, wie eine erlassene Satzung auf Vermieter und Betreiber wirkt. Er stellt zudem die Frage, wer für die Durchsetzung von Maßnahmen zuständig ist.

FDL Ehrhardt entgegnet, dass der aktuelle Betreiber der Einrichtung bei der Umsetzung von Maßnahmen helfen und den Landkreis informieren müsse. Die Ausführung von etwaigen Maßnahmen obliege dem Landkreis. Ihr sei diesbezüglich eine gute Zusammenarbeit von Kreisverwaltung und Beirat wichtig.

KTA Peters stellt heraus, dass die Kommunikation zu den Bewohnerinnen und Bewohnern der Unterkunft wichtig sei. Die Satzung solle multisprachlich bereitgestellt und ggf. auch erklärt werden, um ein Bewusstsein für Regeln und Regelverstöße zu schaffen. Ferner sei ihr unklar, wie sie sich das Kapazitätsmanagement vorzustellen habe.

FDL Ehrhardt stellt heraus, dass man momentan in Neu Tramm viel Platz habe. In Zukunft könnten jedoch Krisensituationen eintreten, die interne Umlegungen notwendig machen könnten. Die Regelungen zum Kapazitätsmanagement seien vorsorglich in die Satzung mit aufgenommen worden.

KTA Peters fragt, ob es Notfallzimmern gebe.

FDL Ehrhardt bejaht dies. Es sei wichtig, dass Täter bestraft würden und Opfer bleiben könnten.

KTA Himmel fragt, inwiefern bei der Erarbeitung der Satzung ehrenamtliche Strukturen beteiligt worden sind.

FDL Ehrhardt antwortet, dass Ehrenamtliche bei der Erarbeitung der Satzung nicht eingebunden worden seien. Man wolle erst einmal Struktur in das System bekommen, im Nachgang solle jedoch mit dem Beirat Neu Tramm darüber gesprochen werden. Eine Satzung könne man jederzeit ändern.

KTA Carmienke fragt, wieviel verschiedene Nationen und Sprachen es in Neu Tramm gebe und ob weitere Zuweisungen zu erwartet seien.

FDL Ehrhardt antwortet, dass derzeit keine neuen Zuweisungen geplant seien. Aktuell habe man eine neue Quote von 93 Personen, diese sei erfüllt. Derzeit habe man 23 Personen „über Quote“. Um die 85 bis 90 Personen seien dauerhaft anwesend, um die 20 Personen vorübergehend.

Herr Helbing ergänzt, dass in Bezug auf die Nationalitäten so gut wie alles vertreten sei. Die Zusammensetzung sei von ukrainisch Vertriebenen über Personen aus Russland, Syrien, Afghanistan, China und den afrikanischen Räumen sehr vielfältig.

FDL Ehrhardt ergänzt, dass gut die Hälfte der Bewohner ukrainisch Vertriebene sei.

KTA Schwidder thematisiert § 14 Absatz 3 der Satzung. Er fragt, an wen Meldungen über Straftaten etc. zu richten seien.

FDL Ehrhardt erklärt, dass Meldungen an die Polizei oder die Dienste vor Ort vorzunehmen seien.

KTA Schwidder stellt fest, dass die Mitarbeitenden der Dienste vor Ort nach der Satzung unverzügliche Anzeigen an die Polizei abzugeben hätten. Er fragt, ob man dadurch Realitäten verändere und den Beschäftigten vor Ort Spielräume zur Konfliktlösung und -erforschung, die vormals mit Fingerspitzengefühl durchgeführt worden seien, nehme.

FDL Ehrhardt plädiert dafür, in einem ersten Schritt die Satzungsregelungen anlaufen zu lassen und in einem zweiten Schritt durch etwaige Satzungsänderungen Stolpersteine aus dem Weg zu räumen.

KTA Schwidder kritisiert, dass im Prozess der Satzungsgebung entsprechende Stellen, wie beispielsweise der Flüchtlingsbeirat, nicht eingebunden worden seien. Durch den fehlenden Rückgriff auf dortige sozialpädagogische Kompetenzen laufe man Gefahr, eine Empfehlung abzugeben, die nicht praxistauglich sei.

FDL Ehrhardt erläutert, dass die Satzung ein Stufenverfahren vorsehe, das unbestimmte Rechtsbegriffe enthalte. So könnten der Sicherdienst und die Sozialbetreuung vor Ort die Fälle einschätzen. Es gebe mittlerweile auch ein gut funktionierendes Vorfallsmanagement. In strittigen Fällen könne man die Kreisverwaltung kontaktieren.

Herr Hasche ergänzt, dass Vorfälle in Neu Tramm in der Regel zur Anzeige gebracht würden. Von der Unterkunft gehe ein normales Anzeigeverhalten aus. Man müsse bei diesen Anzeigen Privatklagedelikte gesondert behandeln. Nach seiner Einschätzung verfügten die Kräfte vor Ort bei der Einschätzung, welche Fälle an die Polizei weitergeleitet werden müssen, über ein gutes Fingerspitzengefühl. Die in der Satzung enthaltenen unbestimmten Rechtsbegriffe sehe er als Weichmacher an, die dieses Fingerspitzengefühl zuließen.

KTA Kretschmer plädiert dafür, diese Stelle nicht unnötig zu verkomplizieren. Ergänzungen seien jederzeit möglich.

KTA Schwidder stellt heraus, dass der Sicherheitsdienst vor Ort aufgrund von § 14 Absatz 3 der Satzung keinen Ermessensspielraum habe. Er wolle seine diesbezügliche Besorgnis zum Ausdruck gebracht haben und sich bei der Abstimmung enthalten.

Der Kreistag beschließt die beiliegende Satzung. Die Verwaltung berichtet nach Rücksprache mit dem Beirat Neu Tramm regelmäßig.

Geändert einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 4

8. Antrag von KTA Herzog (SOLI) im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 18.03.2026: Sexual-Delikte, sexueller Missbrauch, häusliche Gewalt: Entwicklung in DAN	2026/753
---	----------

KTA Herzog betont, dass der Antrag auf einem Artikel der EJZ basiere, der die Häufigkeit verschiedener Gewaltformen in Lüchow-Dannenberg darstellt. Er verweist auf Zahlen aus dem Artikel, wie wie den Anstieg von Sexualdelikten (84 auf 111), sexuellem Missbrauch von Kindern (13 auf 31) und häuslicher Gewalt ca. 200 Fälle pro Jahr.

Herr Hasche stellt sich als stellvertretender Leiter des Kriminalermittlungsdienstes vor und erläutert, dass häusliche Gewalt eine Vielzahl von Straftaten umfasse. Dies sei jegliche Form von körperlicher, sexueller oder psychischer Gewalt in Partnerschaften oder Familienkontext, darunter Mord, Totschlag, Körperverletzung, Bedrohung und Vergewaltigung. Er betont, dass die Dunkelziffer aufgrund von Scham und sozialen Hemmnissen hoch sei. Er berichtet über gesetzliche Änderungen, wie die Strafbarkeit von verbalen Drohungen, und erwähnt technische Abwehrmaßnahmen wie das spanische Modell („Fußfessel“), für das es in Deutschland nur eine Überwachungszenrum gibt.

Im Bereich Sexualdelikte erklärt er den Anstieg um 138 % im Landkreis mit einem Fall, in dem ein Täter seinen beruflichen Kontext missbraucht habe. Des Weiteren habe es einen psychisch-kranken Menschen gegeben, der sich in der Öffentlichkeit entblößt habe, auch vor Kindergärten und Schulen.

Er betont die Notwendigkeit von Präventionsprojekten, derzeit gebe es das Präventionsprojekt Ansichtssachen, in dem die Bürger wieder zu mehr Zivilcourage aufgefordert werden sollen.

KTA Herzog fragt, ob die Fallzahlen nur auf abgeschlossene Ermittlungen basieren.

Herr Hasche bestätigt dies und erklärt, dass die Polizei eine Abgangsstatistik nutze, um Delikte korrekt einzuordnen. Er ergänzt, dass digitale Delikte, wie das Versenden von Kinderpornografie oft durch sogenannte Sticker geschehen, also generierte Bilder, die oftmals durch alle Schulchats liefen. Auch Eltern hätten sich hier durch eine Gesetzesverschärfung durch das Versenden an die Polizei, zur Sicherung, strafbar gemacht. Diese Gesetzesverschärfung werde gerade wieder korrigiert. Die KIs seien auf nahezu jedem Handy, die Altersverifizierung auf einschlägigen Seiten nahezu nicht vorhanden. Wichtig sei hier Aufklärung durch die Eltern und viel Prävention.

KTA Himmel fragt nach Präventionsmaßnahmen in Schulen und der technischen Umsetzung der „Fußfessel“.

Herr Hasche bestätigt Präventionsprojekte in den Klassenstufen 6 bis 8, gerade Mobbing sei ein Kernthema und erklärt, dass die technische Überwachung der Fußfesseln aktuell nur von einer Stelle aus Hessen erfolge.

KTA Schwidder schlägt vor, in der nächsten HVB Runde für das Präventionsangebot der Polizei zu sensibilisieren.

Frau Christ betont die schambehaftete Natur häuslicher Gewalt und die Isolation betroffener Frauen. Sie nennt 205 Beratungen in der BISS-Stelle im Jahr 2025, wobei 189 Kinder mitbetroffen seien. Sie fordert mehr Prävention in Schulen und Kindergärten sowie bessere Finanzierung der Beratungsstellen. Die

derzeitigen Beratungen könnten nur im vorhandenen guten Netzwerk gelingen.

Frau Sgolik beschreibt die finanziellen Engpässe des Frauenhauses, das nur sechs Plätze habe, aber oft mehr Frauen aufnehmen müsse. Die Frauenberatungsstelle, entstanden vor ca. 12 Jahren, werde vom Land Niedersachsen finanziert und sei nicht auskömmlich. Die BISS sei durch das Gewaltschutzgesetz 2002 als Modellprojekt geschaffen worden.

Frau Löwe betont die langen Wartezeiten in der Justiz und die Hemmnisse für Betroffene, sich zu melden. Sie nennt fast 50 Beratungen für Kinder und Jugendliche im Jahr 2025, sowie ca. 30 Fachberatungen und wünscht sich mehr aufsuchende Beratung und Sprechstunden.

Herr Spilger ergänzt, dass häusliche Gewalt oft im engsten Umfeld stattfinde, und erwähnt ein neues digitales Projekt zum Gewaltschutz.

Beratendes Mitglied Hartmut Berg plädiert für ein Netzwerk aus Schulen, Jugendhilfe und Beratungsstellen, um Ressourcen zu bündeln.

Frau Sgolik führt aus, dass vom Land Niedersachsen 10 Frauenplätze finanziert würden, diese jedoch mit ihren Kindern kämen. Es gebe 6 Zimmer, eine Frau habe Anspruch auf ein Bett, nicht aber auf ein eigenes Zimmer. Die Finanzierung habe sich in den letzten 5 Jahren nicht erhöht. 2024 habe es 43 Bewohner gegeben, 2025 27 Bewohner im Laufe des Jahres.

Frau Glowatzki berichtet vom neuen Gewalthilfegesetz, hiernach soll voraussichtlich eine Nasszelle pro Zimmer Pflicht sein.

Beratendes Mitglied Inge Mende weist auf die Wichtigkeit der Beratung auch für ältere Bürgerinnen und Bürger hin. Sie fasst die Diskussion zusammen und betont die Notwendigkeit, Opfer zu schützen und strukturelle Gewalt zu bekämpfen.

9. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

9.1. Machbarkeitsstudie RVZ

2026/788

KTA Herzog fragt nach dem weiteren Ablauf.

FDL Ehrhardt erklärt, dass die Verwaltung weiterhin mit dem Land in Kontakt bleiben werde, um Fördermöglichkeiten zu prüfen. Sobald das Land Stellung nimmt, werde die Politik informiert und über weitere Schritte entschieden.

EKR Schermuly betont, dass derzeit nicht klar sei, ob es eine Umsetzungsförderung geben wird. Es werde auf die Rückmeldung des ARL gewartet.

KTA Himmel fragt, ob der Eindruck entstanden sei, dass die Machbarkeitsstudie sinnvoll ist.

EKR Schermuly erklärt, dass die Verwaltung derzeit diese Bewertung abgebe.

KTA Bade betont, dass die Bewertung unterschiedlich sein könnte, da aus der Ärzteschaft Kritik geäußert worden sei, und dass es erneut betrachtet werden müsse, wenn die Verwaltung es wieder aufruft.

Kenntnis genommen

9.2. Umsetzung Bundesempfehlungen und Landesempfehlungen im Gewaltschutzkonzept des Landkreises zu den Gemeinschaftsunterkünften

2026/789

FDL Ehrhardt berichtet, dass in der vorletzten Sitzung aufgezeigt worden sei, dass einige Punkte der Bundes- und Landesempfehlungen im Gewaltschutzkonzept noch nicht vollständig umgesetzt sind. Dies solle auch im Beirat nochmal besprochen werden. Das Thema Partizipation sei auf jeden Fall noch nicht ausreichend berücksichtigt.

Bericht Runder Tisch Migration und Beirat Neu Tramm:

Beim Runden Tisch sei die Bezahlkarte thematisiert worden, deren Umsetzung gut laufe. Auch die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen sei dazu gut. Die Wohnraumvermittlung nach Anerkennung sei aufgrund der Wohnmarktlage schwierig.

Das Monitoring des Schutzkonzepts werde im Beirat besprochen. Ein Merkblatt zur freiwilligen Weiterversicherung in der Krankenkasse werde erstellt.

Der Beirat vom 14.04.2026 sei konstruktiv und lösungsorientiert verlaufen. Mit dem DRK werde geprüft, wie mehr Bewohner für die Teilnahme am Beirat begeistert werden könnten.

Sprachbarrieren sollen durch Dolmetscher abgebaut werden. Ein Lernzimmer werde kurzfristig eingerichtet.

Der Breitbandanschluss für die Internetverbindung sei für den kommenden Monat geplant.

Die Küchen würden nach Konzept genutzt, wobei die Selbstverpflegung langsam anlaufen werde. 20 abschließbare Kühlfächer seien vorhanden, bei Bedarf werde nachgesteuert.

Der Waschraum werde durch ein Konzept und eine Anleitung verbessert. Ein Briefkasten für Beschwerden werde angebracht. Herr Berg werde ehrenamtlich alle zwei Wochen vor Ort sein.

Eine Geschäftsordnung und die Benennung eines Vorsitzenden seien für den nächsten Beirat geplant. Bzgl. der medizinischen Versorgung sei Herr Niemann nochmals angeschrieben worden.

Für gemeinnützige Tätigkeiten werde über das AsylbLG ein geringes Honorar gezahlt, um Verantwortung und Integration zu fördern.

Kenntnis genommen.

9.3. Sachstand Kampfmittelbelastung Neu Tramm (mdl. Bericht)

EKR Schermuly erklärt, dass er ursprünglich bis zum Tag der Sitzung eine schriftliche Vorlage verfassen wollte, jedoch aufgrund fehlender Informationen des Kampfmittelräumdienstes dies erst nach Erhalt der Daten möglich sei. Er hebt hervor, dass das Gutachten von der Samtgemeinde Elbtalaue aus dem Jahr 1998 nun vorliege. Dieses Gutachten habe dem Ausschuss bereits 2022 vorgelegen, als die Kaufabsichten der Gesamtliegenschaft Neu Tramm diskutiert wurden. Er verspricht, die Zusammenfassung schriftlich zu übermitteln, voraussichtlich Anfang der nächsten Woche per E-Mail.

KTA Herzog fragt ergänzend, ob die Kartierung des Raumordnungsprogramms, die eine Altlast eindeutig markiert, nicht der Aussage widerspreche, dass „da nichts mehr“ sei und alles „ausgeprüft“ sei.

EKR Schermuly erklärt, dass Verdachtsfälle in Flächennutzungs- und Bauplänen gesetzlich verpflichtend als solche ausgewiesen bleiben müssten. Bei einer Bebauungsplanänderung würden diese Bereiche weiterhin als Verdachtsflächen gelten, um den Eigentümer über potenzielle Risiken bei Bodenarbeiten zu informieren. Er betont, dass die Gutachten klare Aussagen zum Ausschluss von Gefährdungen für Leib und Leben ergeben. Die einzigen identifizierten „Kampfmittel“ seien unterirdische Tanks (Öl- und Benzintanks) an ehemaligen Tankstellen, die aufgrund ihrer Gefährdung entsprechend klassifiziert seien.

KTA Bade fragt, ob Unterlagen des Vorbesitzers existierten.

EKR Schermuly bestätigt, dass der Vorbesitzer keine weiteren Dokumente habe, und verweist auf das bereits vorhandene Gutachten **KTA Heike Bade** erklärt, auf die schriftliche Ergänzung zu warten.

Kenntnis genommen

9.4. Anfrage von KTA Bade, KTA Beckmann, KTA Haase-Mühlner, KTA Hillmer, KTA Liebhaber, KTA Peters, KTA Schwidder im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 08.04.2026: Einbürgerung von ukrainischen StaatsbürgerInnen 2026/779

KTA Bade fragt, ob die Anfrage zur Einbürgerung von ukrainischen Staatsbürgern ausreichend beantwortet worden sei.

Beratendes Mitglied Hartmut Berg erläutert, dass die Beantwortung der Anfrage lediglich die Rechtslage wiedergebe, was inhaltlich in Ordnung sei. Er weist darauf hin, dass das Ausländeramt keine klaren Aussagen zur Rechtslage abgegeben habe. Zudem betont er, dass im Landkreis Lüchow-Dannenberg etwa 600 ukrainische Staatsbürgerinnen und -bürger anwesend seien, von denen mindestens 250 in versicherungspflichtigen Vollzeitjobs integriert seien. Er kritisiert, dass Arbeitgeber aufgrund der Unsicherheit über die Zukunft der UkrainerInnen keine langfristigen Planungssicherheiten hätten. Er fordert, dass die Wirtschaftsförderung Lösungen wie den Spurwechsel oder die Beantragung einer Blue Card anbiete, um den Betrieben und den UkrainerInnen Perspektiven zu geben. Zudem betont er, dass viele UkrainerInnen aus Gründen wie Beziehungen oder der Unrechtslage in der Ukraine nicht zurückkehren würden. Er verweist darauf, dass die Wirtschaftsförderung Beratungskapazitäten bereitstellen müsse, um die Integration zu sichern.

KTA Carmienke bestätigt, dass die Beantragung einer Blue Card sinnvoll und, wie ihm in einem Fall

bekannt, auch recht schnell möglich sei, sofern die Voraussetzungen, wie ein Hochschulabschluss und ein Einstiegsgehalt von 43.000 oder 45.000 Euro brutto pro Jahr, erfüllt wären. Er fordert, dass die Wirtschaftsförderung auf die Möglichkeit der Blue Card hinweist und darauf aufmerksam macht, dass UkrainerInnen ihren Titel aufgeben müssten, um dann für vier Jahre Sicherheit zu haben.

Beratendes Mitglied Hartmut Berg ergänzt, dass der Spurwechsel eine weitere Option sei, die individuell geprüft werden müsse. Er betont, dass viele UkrainerInnen die Voraussetzungen wie B2- oder B3-Zertifikate sowie feste Jobs erfüllten. Er fordert, dass Beratungskapazitäten bereitgestellt werden.

KTA Carmienke weist darauf hin, dass das Jobcenter in einigen Fällen die Vermittlung übernommen habe und auch hier aktiv werden müsse.

Beratendes Mitglied Hartmut Berg betont abschließend, dass die Wirtschaftsförderung in solchen Fällen tätig werden müsse, da viele UkrainerInnen nicht mehr im Jobcenter seien.

Kenntnis genommen.

KTA Bade weist auf Veranstaltung von Frau Dr. Bardowicks hin.

FDL Ehrhardt betont, dass Frau Bardowicks im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit als Beauftragte für Menschen mit Behinderung gemeinsam mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung zum zweiten Mal eine Veranstaltung auf die Beine gestellt habe. Sie empfiehlt, das Event am 5. Mai im Allerlud Lüchow unter dem Thema „Miteinander füreinander“ zu besuchen und unterstreicht, dass der Tag für Menschen mit Behinderung und Interessierte konzipiert sei.

KTA Carmienke fragt nach dem Tag des Ehrenamtes des Bundespräsidenten, der im Mai oder Juni stattfinde und bundesweit auf Organisationen und Kommunen abziele.

EKR Schermuly kündigt an, sich mit Frau König abzusprechen.

KTA Himmel kündigt an, einen Tagesordnungspunkt zum öffentlichen Gesundheitsdienst für die nächste Sitzung zu beantragen. Er betont, dass der öffentliche Gesundheitsdienst seit fünf Jahren eigenständig existiere, aus der Pandemie Impulse entstanden seien und mehr Sichtbarkeit sowie Personalfindung Priorität hätten. Er schlägt vor ggf. jemanden aus dem Landesgesundheitsamt zu dem Thema einzuladen

KTA Bade schließt die Sitzung, da keine weiteren Meldungen vorliegen und der nicht-öffentliche Teil entfallen sei.

gez. Bade

Vorsitzende

gez. Bardowicks

Protokollführung